Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textsatzteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 9. Dezember 1926 — Nummer 275

Krise der Stillen Koalition

Koalitionsschmerzen

Die Sozialdemokraten waren mit den Regierungsparteien die sogenannte Stille Koalition eingegangen, die praktisch bei der Annahme der „Verbesserung" der Erwerbslosenunterstützung in Erscheinung trat, bei der Annahme des Schund- und Schmutzgesetzes aber wieder in die Brüche ging. Waren die Sozialdemokraten schon damals darüber entrüstet, daß die Regierung ihr Schundgesetz mit den Deutschnationalen durchbrachte, so hat jetzt eine Rede des Abgeordneten Scholz von der Volkspartei in Insterburg ihr höchstes Mißfallen erregt. Scholz sprach sich nämlich für die Hinzuziehung der Deutschnationalen in die Regierung aus.

Die SPD-Führer sind dann sofort zu Marx gelaufen, um sich über diesen „Bruch der Abmachungen" zu beschweren, wobei ihnen Marx erklärte, das ganze wäre nicht so schlimm. Herr Scholz aber ließ durch die Königsberger Allgemeine Zeitung verkünden, daß er an seiner persönlichen Meinung festhalte, im übrigen aber den Beschluß der Volkspartei für die Große Koalition gegenwärtig sehr skeptisch gegenüberstehe.

Die Kölnische Zeitung spricht sich in ihrer Nummer 907 vom 7. Dezember im gleichen Sinne aus und verlangt, daß die Parteien, die sich in Opposition befinden, also die Sozialdemokratie, „von dem unglückseligen Klassenhaß" ablassen müßten. Sie meint, daß eine Volksgemeinschaft schon bestände und daß es doch wahrhaftig gleichgültig wäre, wie nun die Regierung innerhalb dieser Volksgemeinschaft zusammengesetzt ist. Die Regierungsfrage wäre nur eine Frage der Arbeitsfähigkeit, schreibt die K. Z. und fährt fort: „Von diesem Gesichtspunkte aus wäre zur Zeit im Hinblick auf die innerpolitischen Aufgaben die große bürgerliche Koalition die gegebene Regierung, wobei die Sozialdemokratie zu bedenken hätte, daß sie wohl außerhalb der Regierung, aber innerhalb der Volksgemeinschaft stünde." Dreist und gottesfürchtig erklärt also die Kölnische Zeitung, daß die Regierung nur mit den Deutschnationalen gebildet werden könne und die Sozialdemokraten nur das Recht haben, zu allem Ja und Amen zu sagen.

Damit sind selbstverständlich wieder die Sozialdemokraten nicht einverstanden. Herr Philipp Scheidemann ließ am Dienstag abend in München im Bürgerbräukeller eine Rede steigen, in der er pompös erklärte: „Wer jetzt zu Scholz steht, ist Gegner der Republik." Radikal, wie Scheidemann nun einmal ist, erklärte er weiter: „Ich bin nicht ein Parteiführer wie Herr Scholz, aber Millionen stehen zu mir, wenn ich sage, jetzt heißt es entweder oder! Entweder Beteiligung an der Regierung oder rücksichtslosen Kampf. Kampf heißt hier das ganze Volk aufrufen gegen eine Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien, die drauf und dran sind, unser Volk wieder in gefährliche Situationen zu stürzen."

Gemach, Herr Scheidemann ist schon einmal die Hand — nicht verdorrt! Im Regierungslager ist noch alles ungeklärt. Ein Teil der Regierungsparteien ist für die Große Koalition, ein anderer dagegen. Nur eines steht fest, die Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Führer, in die Regierung zu gehen.

Die SPD-Führer kuhhandeln

Berlin, 9. Dez. Aus den Meldungen der Abendpresse geht einwandfrei hervor, daß die Verhandlungen über die Große Koalition durchaus nicht so aussichtslos sind, wie das in den letzten Tagen hingestellt wurde. Die scharfe Rede des Fraktionsvorsitzenden der Volkspartei, Dr. Scholz in Insterburg, in der er ein Zusammenarbeiten mit der SPD aus den verschiedensten Gründen für unmöglich erklärte und statt dessen die Bildung des Bürgerblocks empfahl, ist bereits Gegenstand von Verhandlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler Marx geworden. Im Laufe des Mittwoch sprachen Hermann Müller und Wels bei Marx vor und interpellierten ihn wegen der Rede von Scholz. Marx erklärte ihnen in Uebereinstimmung mit der bereits abgegebenen Erklärung von Scholz, es habe sich bei der Insterburger Rede um keine programmatische Erklärung der Deutschen Volkspartei gehandelt. Die sozialdemokratischen Unterhändler verlangten weiter eine konkrete Erklärung, was das Reichskabinett unter der Stillen Koalition verstehe u. ob es bereit sei, bei innerpolitischen Streitfragen regelmäßig vorher eine Verständigung mit der Sozialdemokratie zu suchen. Sonst sei eine weitere sozialdemokratische Unterstützung im Parlament unmöglich. Das Kabinett wird gemeinsam mit den Führern der Regierungsparteien dazu Stellung nehmen und am Donnerstag nachmittag im Reichstag den Regierungsparteien Vorschläge unterbreiten. Eine endgültige Stellungnahme der volksparteilichen Fraktion zu der Rede ihres Führers Dr. Scholz findet erst nach der Rückkehr Stresemanns aus Genf statt.

*

Berlin, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Bei den Verhandlungen zur „Stillen Koalition" zwischen SPD-Führern und Reichskanzler Marx wurde das Schund- und Schmutzgesetz nicht mit in die Abmachungen einbezogen. Die SPD-Führer gestatten der Regierung, sich für dieses Gesetz eine Rechtsmehrheit zu suchen. Das Berliner Tageblatt schreibt zu den Abmachungen: „Bei den Abmachungen, die sich auf die „Stille Koalition" bezogen, ist das Schund- und Schmutzgesetz nicht einbezogen worden. Die Sozialdemokratie, die bei Beratung des Gesetzes im Ausschuß ungenügend vertreten war, hat ihren oppositionellen Standpunkt erst in dritter Lesung (!) durch Abgeordneten Breitscheid in voller Schärfe vertreten. Als dann aber das Schund- und Schmutzgesetz angenommen worden war, legte der Vorwärts den Demokraten und dem Zentrum die Frage die Kabinettsfrage vor, ob nicht die Grundlage der Stillen Koalition erschüttert sei." Es war also lediglich Heuchelei, wenn die SPD-Führer über das Zustandekommen der Rechtsmehrheit über das Schund- und Schmutzgesetz ein Geschrei anstimmten. Die SPD-Vertreter haben es der Regierung freigestellt, sich außerhalb der Stillen Koalition ihre Mehrheit für das Kitzsche Schund- und Schmutzgesetz zu suchen.

Die Reichskonferenz der Erwerbslosen

Die Kongresse der proletarischen Einheitsfront sind vorüber. Ihr Verlauf und ihre Ergebnisse haben alle Erwartungen weit übertroffen. Die beiden Kongresse bedeuten einen ungeheuren Schritt vorwärts für die Entwicklung der proletarischen Einheitsfront in Deutschland. Zum ersten Male gelang es, breite Massen der Arbeiterschaft, der kleinen Bauern und des ausgebeuteten Mittelstands organisatorisch zusammenzufassen und damit die Einheitsfrontbewegung nicht nur politisch zu vertiefen, sondern sie auch organisatorisch zu verankern.

Es war nur natürlich, daß der Kongreß mit der Reichskonferenz der Erwerbslosen begann, daß er vorerst ausführlich und eingehend alle Lebensfragen jenes Teils der Arbeiterschaft erörterte, die zu dem am schwersten betroffenen Teil der Millionenopfer der kapitalistischen Rationalisierung gehören. An der Reichserwerbslosenkonferenz nahmen 255 Kommunisten, 114 Parteilose, 33 Sozialdemokraten und 3 Delegierte von Splittergruppen teil. Diese Zusammensetzung entspricht dem Charakter der Erwerbslosenbewegung, in der die Kommunistische Partei führend ist. Letzteres ist eins der wichtigsten Ergebnisse der Erwerbslosenkonferenz. Der gesamte aktive Teil der deutschen Erwerbslosenarmee von zwei Millionen befindet sich absolut unter kommunistischer Führung. Weder die Sozialdemokratische Partei noch die anarchistischen Gruppen, die Syndikalisten oder die aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Ultralinken, die sich stets als die berufenen Verteidiger der Erwerbslosenmassen ausgaben, haben einen nennenswerten Einfluß auf die Erwerbslosenbewegung.

Die Hauptergebnisse der Konferenz sind folgende:

1. Die Kommunistische Partei ist auf dem besten Wege, die Passivität, die in breiten Massen der Erwerbslosen zweifelsohne noch vorhanden ist, zu überwinden.

2. Die Kommunistische Partei wird von den Erwerbslosen als einzige Partei und einzige Kraft angesehen, die bereit und deren Taktik eine Gewähr dafür ist, daß der Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen in ihrem Interesse und in ihrem Sinne geführt wird.

3. Die Losungen der Kommunistischen Partei sind tief in die Reihen der sozialdemokratischen Erwerbslosen gedrungen; es bewies sich noch einmal, daß alle Ausschlußdrohungen, der ganze politische und organisatorische Terror der reformistischen Bürokratie nicht imstande sind, den Einbruch der proletarischen Einheitsfront in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter zu verhindern.

4. Zum erstenmal gelang es der Kommunistischen Partei, aus der aktiven Erwerbslosenbewegung alle gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen zu beseitigen. Mehr als das, die ganze Konferenz betonte einmütig die absolute Notwendigkeit der Unterstützung der freien Gewerkschaftsbewegung und der weitgehendsten Organisierung der Erwerbslosen in den freien Gewerkschaften. Wenn man bedenkt, mit welch berechtigtem Haß die deutschen Erwerbslosen gegen die reformistische Bürokratie erfüllt sind, so vermag man den Wert der revolutionären Erziehungsarbeit, die die Kommunistische Partei unter den Erwerbslosen Deutschlands geleistet hat, voll zu ermessen.

5. Das Hauptergebnis der Reichserwerbslosenkonferenz ist die Schaffung einer klaren organisatorischen Linie, die einerseits alle syndikalistischen Versuche, „Erwerbslosengewerkschaften" zu bilden, vernichtet und andererseits die Erwerbslosenbewegung zusammenfaßt und ihr die Möglichkeit gibt, ihre Lebensinteressen in allen Organisationen der Arbeiterschaft durch Entfaltung eigener Selbständigkeit und Initiative mit allen Kräften zu vertreten.

Die Konferenz gab ein treues Bild der wirklichen verzweifelten Lage der deutschen Erwerbslosen, sie deckte die ökonomischen und politischen Wurzeln der Massenarbeitslosigkeit auf und zeigte klar die Perspektiven des weiteren Kampfes. Dabei standen drei Gesichtspunkte im Vordergrunde, erstens der Nachweis, der ökonomische Beweis, daß die deutsche Erwerbslosigkeit keine vorübergehende Krisenerscheinung, sondern auf das innigste mit dem herrschenden System der kapitalistischen Rationalisierung verbunden ist und daß sie infolgedessen ihr Ende erst mit dem Ende des deutschen Kapitalismus finden wird. Zweitens: Ohne Ausnahme erkannten alle anwesenden Delegierten, daß die wichtigste Voraussetzung für den Kampf um die Erwerbslosenforderungen die gemeinsame Front mit den Arbeitern auf den Betrieben ist und daß sich dieser Kampf um die Forderungen des Achtstundentages, bzw. der 42-Stunden-Woche sammeln muß. Charakteristisch für die politische Reife der Konferenz war es, daß auch die Losung der Lohnerhöhung für die betriebstätigen Arbeiter nicht nur unterstützt, sondern in engsten politischen Kontakt mit den Erwerbslosenforderungen gebracht wurde. Der dritte wichtige Punkt, dem die Konferenz ihre größte Aufmerksamkeit zuwandte, war die Aufstellung eines Systems von Erwerbslosenforderungen, die der Erwerbslosenbewegung nicht nur das Ziel zeigen, sondern ein konkretes Tagesprogramm geben, das imstande ist, die breitesten Erwerbslosenmassen zu mobilisieren, sie in den Kampf hineinzuziehen und die Möglichkeit geben, sowohl gegenüber den Kommunen als der kapitalistischen Regierung tatsächliche Erfolge zu erzielen. Die Erwerbslosenkonferenz betont ihren revolutionären Charakter gemäß, daß die kapitalistische Erwerbslosenfürsorge in Deutschland nichts anderes ist als ein raffiniertes System der Versklavung der Erwerbslosen, das der Kapitalistenklasse die Anwendung der Erwerbslosenarmee in organisiertem Lohndruck und Streikbruch in weitestem Maße

An die Partei!

Der Kongreß der Werktätigen war eine der größten und wichtigsten Demonstrationen für die Einheitsfront der arbeitenden Massen in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung. Der Kongreß konnte seine Aufgaben gegenüber der Arbeiterklasse, der ganzen Masse der Werktätigen aber nur deshalb erfüllen, weil die Avantgarde des Proletariats, die deutschen Kommunisten, ihre Pflicht erfüllt haben.

Die proletarische Einheitsfront wächst — weil der Einfluß der Kommunistischen Partei wächst.

Genossen! Der Kongreß hat bewiesen, daß unsere Partei auf dem richtigen Wege zur Eroberung der breiten Massen ist. Die Losungen des revolutionären Tageskampfes gegen die Bourgeoisie sind tief in die Massen des werktätigen Volkes gedrungen.

Der Kongreß hat bewiesen, daß die Zeit der Niederlagen vorbei ist, daß es wieder vorwärts geht auf dem steilen Weg der deutschen proletarischen Revolution!

Kommunisten! Ihr habt Recht, stolz zu sein auf den Erfolg eurer revolutionären Partei, der nicht möglich war ohne eure hingebungsvolle Arbeit für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse.

Aber vergeßt es nicht: Die größte Arbeit liegt noch vor uns!

Noch energischer als bisher müssen wir für die entscheidenden Forderungen der Arbeiterklasse, Achtstundentag und Lohnerhöhung, für die Forderungen der Erwerbslosen in allen Betrieben und Gewerkschaften, in allen Organisationen der Arbeiterklasse eintreten.

Verstärkt die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften.

Viel fester muß das brüderliche Band zwischen den Kommunisten und der ganzen Masse der Arbeiter werden!

Noch stärker müßt ihr für die Forderungen der armen Bauern, des verelendeten Mittelstandes eintreten, damit das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und diesen arbeitenden Schichten, unter Führung unserer Partei, neue Millionen gewinnt!

Genossen! Ihr habt am Kongreß die Stimme der sozialdemokratischen Arbeiter gehört! Zu euch sprechen klassenbewußte Arbeiter, die mit ihrem ganzen Herzen auf der Seite des kämpfenden Proletariats sind, aber noch nicht den Weg zum Kommunismus gefunden haben. Diese sozialdemokratischen Arbeiter sind Feinde der reformistischen Führerpolitik.

Denkt daran, daß die Mehrzahl der sozialdemokratischen Arbeiter so denkt, wie die SPD-Delegierten auf dem Kongreß sprachen. Helft euren sozialdemokratischen Klassengenossen mit brüderlichem Rat und Aufklärung.

Die Reichserwerbslosenkonferenz hat bewiesen, daß die Kommunistische Partei allein das Erwerbslosenheer führt. Aber noch immer sind große Teile der Erwerbslosen gleichgültig. Führt und organisiert auch sie in die Reihen der kämpfenden revolutionären Erwerbslosenarmeen!

Genossen! Werbt für unsere revolutionäre Partei und ihre Presse! Millionen haben wir für die Sache der proletarischen Einheitsfront gewonnen, Millionen stehen zu unseren Kampfesolosungen! Von diesen Millionen können und müssen viele Zehntausende für unsere Partei gewonnen werden!

Jetzt und gleich: Führt neue Kämpfer in unsere Reihen, aus jenen Arbeiterschichten, die mit uns zum Kampf vorwärts gehen.

Hinein, tief hinein in die werktätigen Massen!

Es lebe die kämpfende Einheitsfront!

Es lebe unsere Kommunistische Partei!

Zentralkomitee der KPD
Sektion der Kommunistischen Internationale